

„Es ist nicht deine Schuld, dass die Welt ist wie sie ist, es wär' nur deine Schuld, wenn sie so bleibt,,

Und schon wieder ist Chemnitz in den Medien. Vor ca. zwei Wochen wurde dort eine rechtsextreme Terrorzelle namens „Revolution Chemnitz“ hochgenommen, die Anschläge für den 3. Oktober geplant haben soll. Acht Männer wurden bisher in Sachsen und Bayern festgenommen. Doch nicht nur diese Herren haben die Medien nach Chemnitz gelockt, in den vergangenen Wochen gab es dort große Demonstrationen, größtenteils von bekannten Neonazis organisiert, aber auch Verfolgungsjagden gegen alle, die nicht „deutsch“ genug aussahen. Ähnliches versuchten Rechtsradikale in Köthen (Sachsen-Anhalt) und ein fälschlicherweise festgenommener Syrer verbrannte in einem Gefängnis in Nordrhein-Westfalen.

Das kennen wir doch?

All diese Nachrichten erinnern an die politische Situation in den 90er Jahren – angefangen von dem brennenden Flüchtlingsheim in Rostock-Lichtenhagen bis hin zu den Verfolgungsjagden und Morden in Solingen, Mölln und Hoyerswerda. Das waren keine „besorgten Bürger“ oder „verwirrte Arbeiter“. Alte und neue Nazis aus West- und Ostdeutschland trauten sich wieder aus ihren Löchern und versprachen „nationale Antworten“ auf soziale Probleme nach der Wende 1989. Schon damals wurde so versucht, die Schuld für die Sparpolitik und den Arbeitsplatzabbau den Geflüchteten und „nicht-deutsch“ aussehenden Menschen in die Schuhe zu schieben. Die Regierungen seit dieser Zeit, egal ob schwarz, rot, gelb oder grün, haben dagegen eine skrupellose Politik für die Unternehmer_innen betrieben und diese mit Kürzungen im Sozialsystem bezahlt. Sie haben Hartz IV eingeführt, das Gesundheits- und Bildungssystem (teil)privatisiert oder prekäre Arbeitsverhältnisse mit diversen Gesetzen gefördert.

Die AfD macht's auch nicht besser

Die Konsequenz dieser Politik ist eine Wut in der Bevölkerung, die von rechten Rattenfängern geschickt aufgegriffen und gegen „Fremdes“ gewendet wird. Die scheinbare Ohnmacht gegenüber den Angriffen von oben wird mit scheinbarer „Macht“ und „Größe“ gegen Schwächere ausgeglichen. Die AfD versteht es besonders geschickt, diese Ohnmacht auszunutzen. Aber ihre rassistische Propaganda ist keine Antwort auf die sozialen Probleme, wie z.B. zu niedrige Renten. Denn genau darauf kennt die AfD bis heute keine Antwort (Rentenkonzept wird z.B. immer noch diskutiert). Und die Unternehmer_innen reiben sich weiterhin die Hände: anstatt mit unseren „arabischen“ oder „muslimischen“ Kolleg_innen gemeinsam gegen zu hohe Mieten, unsichere Arbeitsplätze und zu niedrige Löhne und Renten zu

kämpfen, werden wir gegeneinander ausgespielt um noch mehr Profite zu erwirtschaften.

Was nun?

Die AfD, Pegida und die Nazis sind nicht die Mehrheit in diesem Land. Im Gegenteil: Millionen Menschen setzen sich für Flüchtlinge und eine bunte und tolerante Gesellschaft ein. Trotzdem aber beherrschen die Rechten die Diskussion in den Medien, scheint die AfD unaufhaltsam zu wachsen. Setzen wir ihnen etwas entgegen. Statt den Rassismus im Betrieb, im Bekanntenkreis oder in den Medien weiter schweigend hinzunehmen, müssen wir zeigen, dass wir mehr sind wie bei den großen Demos in Chemnitz gegen die Rechtsradikalen. Aber „gegen Rechts“ zu sein, reicht nicht, wir müssen auch die soziale Ursache der rechten Hetze angehen. Statt Arbeitsplatzabbau für Profitinteressen zu akzeptieren, können wir anfangen zu streiken wie die Arbeitenden von Halberg Guss in Leipzig, die trotz bester Konjunktur entlassen werden sollen.

Auch in Frankreich beherrschten nach den menschenverachtenden Terroranschlägen von Islamisten die Rechten vom „Front National“ die politische Bühne. Auch in Frankreich wurde diskutiert, ob Menschen aus Nordafrika oder „Muslime“ nicht das größte Problem im Land seien. Die Spaltung ging bis in die Betriebe und Nachbarschaften. Als aber im Frühjahr die französischen Arbeitenden, Eisenbahner_innen aber auch Studierende und Schüler_innen auf die Straße gingen und das Land mit Streiks überzogen, waren diese rechten Kräfte plötzlich still und kaum einer hörte sie noch. Im Kampf gegen die unsozialen Angriffe der Regierung wurde sehr schnell klar, dass wirkliche Grenzen eben nicht zwischen Hautfarbe, Herkunft oder Religion bestehen sondern zwischen oben und unten. Und das ist unser wahres Problem!

Von Kolleg_innen für Kolleg_innen...

Flotte Sprüche mit Jens 1

Wat ham wer wieder jelaht. Neulich meinte Minister Spahn: *„Wenn von einer Million Pflegekräften 100.000 nur drei, vier Stunden mehr pro Woche arbeiten würden, wäre schon viel gewonnen“*. Irgendwie hatte er dann aber selber das Gefühl, das klingt etwas weltfremd – so wie Glücksbärci auf rosa Zuckerwattewölkchen. Also schob er noch nach: *„Da müssen wir uns aber die Arbeitsbedingungen noch mal genauer anschauen.“* Weißt Du, Bärci – die schauen wir uns jede Schicht erneut an. Und deshalb können wir dir eins versichern – vom Gucken allein wird's nicht besser.

Flotte Sprüche mit Jens 2

Der hier war auch nicht schlecht: *„Wir werden in der Pflege nicht den Sozialismus einführen.“* Nanu, wer hat denn sowas vermutet – Jens Spahn als Pflegesozialist? Der Satz fiel in einem Beitrag im „Handelsblatt“, in der der Minister den privaten Pflegeheimbetreibern zu hohe Renditeerwartungen vorwarf – um dann gleich das Bekenntnis zum Markt nachzuschieben. Ach Bärci, mit moralischen Appellen werden wir nicht weit kommen – ein bisschen Markt gibt es nicht. Entweder wird Gesundheit zur Ware, dann geht es um Rendite – oder die Gesellschaft stellt die Mittel zur Verfügung, die nötig sind für das Gesundheitswesen. Wie wir das dann nennen, klären wir dann später.

Erinnerungslücken

In den letzten Monaten sind einige Kolleg_innen von der CFM abgehauen (sogar viele mit Festverträgen) und haben sich was Neues gesucht. Völlig entsetzt reagierten darauf die Vorgesetzten, die nicht verstehen konnten, dass sie gehen, obwohl sie jetzt 11€ bekommen. Wow, scheinbar haben sie das Problem nicht erkannt: wir haben nicht gestreikt für 11€, sondern für eine Angleichung an den TVöD. Und das sollten wir sie auch nicht vergessen lassen!

Keimfrei war gestern

Neueste Nachrichten: Die Infektionen durch Krankenhauskeime haben sich in Berlin vervierfacht! Während im Jahr 2016 noch 424 Patient_innen Krankenhauskeime abbekommen haben, waren es 2017 bereits 1.763. Leider überrascht uns das nicht. Apropos, erst kürzlich haben sich die Empfehlungen für Krankenhaushygiene und Keimisolation an der Charité gelockert... ob das eine gute Idee war?

Empfehlung an die PD

In der Einladung zum Berliner Pflegekongress im November haben sie es sich als Aufgabe gestellt, junge Menschen zu begeistern, in der Pflege zu arbeiten. Dies, aber noch viel mehr den zweiten Teil dieser Aufgabe sollten sie sich groß aufschreiben und an den morgendlich genutzten Spiegel anpinnen: *„Zeitgleich muss es uns gelingen, unsere Pflegenden in ihrem Beruf zu halten.“* Falls sie Ideen suchen, wie sie dazu ihr Verhalten ändern müssten, fragen sie am besten bei den Vielen nach, die bereits ihretwegen die Charité verlassen haben.

PPR 2.0

wird in Abgrenzung zu Spahns sogenannter Mindestbesetzung von einem breiten Bündnis gefordert. Dazu gehören der DGB oder auch das Aktionsbündnis Patientensicherheit. Könnt ihr euch noch erinnern? Gefordert hatten wir an der Charité eine pauschale Besetzung von 1 zu 5 oder 1 zu 2. Bekommen haben wir die eh schon angewandte PPR 1.0. Von Entlastung ist nichts zu spüren. Ob 1.0 oder 2.0 die Grundlogik dahinter, menschliche Bedürfnisse im Bereich Pflege nach Minuten zu berechnen, bleibt bestehen. Die PPR wird uns immer dann um die Ohren gehauen werden, wenn wir darauf verweisen, dass die Arbeit mit dem vorhandenen Personal nicht zu schaffen ist.

Oh nein...

Der Aufsichtsrat der CFM hat den Vertrag von Frau Maßwig bis Ende 2022 verlängert. Karl Max Einhäupl lobt die Entscheidung des Gremiums: *„Die Geschäftsführung der CFM hat das Unternehmen in den vergangenen Jahren finanziell stabilisiert und [...] eine zukunftsfähige Grundlage geschaffen. Mit der Vertragsverlängerung [...] haben wir eine stabile Basis, den eingeschlagenen Weg kontinuierlich und erfolgreich fortzusetzen.“* Scheint wohl, dass wir auch die nächsten Jahre Frau Maßwig verdeutlichen müssen, was wir wollen: TVöD!

Die Charité geht online

Seit 3. September ist auch endlich die Charité auf Facebook und Twitter online. Damit wir als Kolleg_innen dann auch wirklich alles richtig machen, wurde uns gleich noch ein „Social-Media-Guideline“ zugeschickt, der uns mitteilt, dass *„polemische, diffamierende oder beleidigende Kommentare“* gelöscht und gemeldet werden. Wie bitte? Nun dürfen wir uns nicht mal polemisch, also kritisch zur Charité-Politik äußern? Achja, und Fanpages für die Charité dürfen wir auch nicht erstellen – also müssen wir die schlechten Arbeitsbedingungen doch zu Hause feiern.

CPPZ gescheitert

Und zwar vor Gericht mit dem Versuch, die Betriebsversammlung im September zu verhindern bzw. inhaltlich zu zensieren. Ganz nebenbei wurde bei der Verhandlung noch einmal die Nähe der Arbeit der CPPZ-Beschäftigten zu den Charité-Patient_innen klar. Also Schluss mit der Spaltung. Die CPPZler gehören in die Charité und verdienen mindestens den TVöD.

Charité – Geschichte für Kinder

Nun ist angekündigt, dass in einem Kinderbuch „die Historie der Charité über vier Jahrhunderte“ dargestellt wird. Kinder, wie die Zeit vergeht - hatten wir nicht gerade erst 300 Jahre? Ob da wohl auch über den Streik berichtet wird?

Das Vitamin C wird gemeinsam von der Revolutionär Sozialistischen Organisation und Kolleg_innen der Charité und CFM herausgegeben. Das Flugblatt soll nicht nur Sprachrohr der Beschäftigten sein, sondern auch zur Vernetzung und Information dienen. Wenn auch du was zu sagen hast, dann melde dich bei uns!

Wenn Dir das Flugblatt gefällt, gib es doch an Kolleginnen und Kollegen weiter...

Wir sind erreichbar unter - flugblatt_charite@gmx.net - www.sozialismus.click